

Hintergründe GEBURTEN- REGISTRIERUNG



Foto/Sandra Gätker

„Das Kind ist unverzüglich nach seiner Geburt in ein Register einzutragen und hat das Recht auf einen Namen von Geburt an, das Recht, eine Staatsangehörigkeit zu erwerben ...“ (UN-Konvention über die Rechte des Kindes, Artikel 7)

„Bis 2030 insbesondere durch die Registrierung der Geburten dafür [zu] sorgen, dass alle Menschen eine rechtliche Identität haben.“ (Ziele für nachhaltige Entwicklung/Agenda 2030, Ziel 16.9)

Obwohl der Anteil der registrierten Kinder seit 2000 erheblich angestiegen ist, erhalten heute immer noch drei von zehn Kindern unter fünf Jahren keine Geburtsurkunde. Mehr als einhundert Länder haben keine funktionierenden zivilen Registrierungssysteme, um wichtige Ereignisse wie Geburten, Todesfälle und Eheschließungen zu erfassen. Somit verfügen Sie auch nicht über belastbare und für die staatliche Planung notwendige Bevölkerungsstatistiken.

Es sind vor allem Kinder armer und benachteiligter Familien sowie Kinder ethnischer und religiöser Minderheiten, die nicht registriert sind. Häufig leben sie in abgelegenen Gegenden weit entfernt von den zentralen Meldestellen. Die Mädchen und Jungen mögen zwar einen Namen erhalten, doch ohne einen offiziellen Identitätsnachweis bleiben sie für die Behörden unsichtbar. Grundlegende soziale, wirtschaftliche und politische Rechte bleiben ihnen dadurch verwehrt. Denn die Geburtsurkunde ist beispielsweise Voraussetzung, um einen Ausweis zu erhalten oder ein Konto zu eröffnen. Auch bei der Einschulung oder Heirat, ist formal ein Identitätsnachweis erforderlich. Gleichzeitig hilft die Geburtsurkunde Kindern, ihr Alter und ihre Nationalität nachzuweisen

und sie vor Frühverheiratung, Kinderarbeit, sexueller Ausbeutung oder Menschenhandel zu schützen.

Warum Menschen nicht registriert sind:

- Familien und Gemeinden haben keine Kenntnis über ihre Rechte.
- Erschwerte administrative Verfahren (Eltern müssen beispielsweise Dokumente vorweisen, die sie nicht haben).
- Benachteiligte Familien können sich die Gebühren für das Ausstellen einer Geburtsurkunde nicht leisten.
- Die Meldestellen sind für viele Familien in ländlichen Gebieten schwer erreichbar.
- Fehlende moderne und mobile Technik der Datenerfassung. Oft ist das Personal schlecht ausgebildet.
- Viele ethnische Volksgruppen befürchten, durch die Registrierung noch stärker benachteiligt zu werden.
- Eltern und Angestellten von Behörden ist nicht bewusst, welche Bedeutung die Registrierung für die Kinder hat.

Auch für den Staat hat eine ausbleibende Registrierung gravierende Nachteile: So fehlen beispielsweise verlässliche Daten für die Planung von sozialen Leistungen, öffentlichen Verwaltungsaufgaben und Infrastrukturmaßnahmen.

Folgen der Nicht-Registrierung

Das Recht auf Bildung

Die Geburtenregistrierung kann einen großen Einfluss haben auf das Recht auf Bildung für Kinder. So wird in einigen Ländern Kindern ohne Geburtsurkunde der Zugang zu Schulbildung verweigert. Manchmal

können die Kinder zwar ohne Geburtsurkunde die Grundschule besuchen; Allerdings können sie keine Abschlussprüfungen machen, womit ihnen der Zugang zur weiterführenden Schule verwehrt wird. Stipendien, kostenlose Lehrmaterialien und Schuluniformen werden oft nur an diejenigen vergeben, die eine Geburtsurkunde vorweisen können.

Das Recht auf Gesundheit

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation waren bei fast der Hälfte der 6,6 Millionen Kinder, die 2012 vor ihrem fünften Geburtstag starben, vermeidbare Krankheiten der Grund. Für die Gesundheitsdienste sind Kinder ohne Geburtsurkunde schwerer zu erreichen und in der staatlichen Gesundheitsplanung leichter zu übersehen. In einigen Ländern können diese Kinder nicht an Impfungen oder Programmen der Gesundheitsvorsorge teilnehmen.



Eine Geburtsurkunde erleichtert Kindern die Wahrnehmung ihrer Rechte.

Foto/Plan International/Anne Ackermann

Das Recht auf eine Staatsangehörigkeit

Wenn ein Kind nicht registriert wird, bedeutet das nicht automatisch, dass es auch staatenlos ist. Aber in bestimmten Situationen (zum Beispiel: Eltern aus unterschiedlichen Ländern, im Zusammenhang mit Migration, in Flucht oder Asyl-Situationen) kann eine fehlende Geburtsurkunde zur Staatenlosigkeit führen. Dies kann die Betroffenen noch mehr gefährden, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden.

Schutz vor Kinderarbeit

Die internationale Arbeitsorganisation ILO schätzt, dass 168 Millionen Kinder von Kinderarbeit betroffen sind. 85 Millionen von ihnen arbeiten unter schlimmsten Bedingungen, die ihre Gesundheit gefährden. In diesem Fall ein Mindestalter für bestimmte Tätigkeiten und Jobs festzulegen, ist allerdings wenig wirkungsvoll, wenn ein Altersnachweis nicht erbracht werden kann. Somit ist die Geburtsurkunde eine Voraussetzung, um Kinderarbeit, inklusive ihrer schlimmsten Formen, zu vermeiden und abzuschaffen.

In einigen Ländern wird eine Geburtsurkunde benötigt, um im formellen Sektor arbeiten zu können. Ohne diesen Nachweis bleiben den Menschen nur informelle Beschäftigungen ohne Arbeitnehmerrechte, womit sie stärker gefährdet sind, ausgebeutet zu werden. Einige Arbeitgeber nutzen diese Situation aus und beschäftigen Kinder als billige Arbeitskräfte; wissend, dass sie keine Möglichkeit haben, sich rechtlich zu wehren.



Das ehemalige Patenkind Shamol (20), hat mit der Unterstützung von Plan International ein kleines Unternehmen aufgebaut, das Computerkurse für junge Leute anbietet. Darüber hinaus hilft er anderen, die Registrierungsformulare auszufüllen, weil er gelernt hat, wie wichtig eine Geburtsurkunde ist.
Foto/Plan International

Kinder im Konflikt mit dem Gesetz

Geburtenregistrierung ist besonders wichtig, wenn Kinder in Konflikt mit dem Gesetz geraten. Artikel 40 der UN-Kinderrechtskonvention stellt diese Kinder unter besonderen Schutz. So darf ein Kind nicht wie ein Erwachsener behandelt und angeklagt werden. Das Alter des Kindes muss auch bei der Strafe berücksichtigt werden. In Artikel 37 heißt es, dass inhaftierte Kinder von Erwachsenen getrennt in Gewahrsam genommen werden müssen. Keines dieser Rechte kann ohne einen Altersnachweis in Anspruch genommen werden.

Kinder-, Früh- und Zwangsheirat

In vielen Ländern ist es verboten, minderjährige Kinder zu verheiraten. Wenn aber ein Mädchen nicht in der Lage ist, ihre Minderjährigkeit nachzuweisen, wird auch niemand bestraft. Das ist vor allem in vielen ländlichen Gebieten und bei Krisen und Konflikten der Fall. Auch der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau hat die Staaten aufgefordert, Geburten und Eheschließungen zu registrieren. So kann die Umsetzung der Gesetze zum Mindestalter für eine Heirat überwacht werden.

Menschen- und Kinderhandel

Personen ohne Geburtsurkunde, die ins Ausland gehen wollen, sind besonders anfällig für Menschenhandel. Eine Person ohne Papiere muss illegal reisen und gerät oft an Mittelsleute, die ihr eine illegale

Migration in Aussicht stellen. Kinder ohne Geburtsurkunde sind besonders gefährdet, dem Menschenhandel zum Opfer zu fallen, egal ob sie in einer Migrationssituation sind oder nicht. Dadurch, dass sie nirgends gemeldet sind, fällt ihr Verschwinden und ihre Ausbeutung den Behörden sehr wahrscheinlich auch nicht auf. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Kinder ins Ausland gebracht werden. Ohne einen Existenzbeweis sind die Behörden kaum willig oder in der Lage, der Sache nachzugehen.

Es hat sich gezeigt, dass Kinder ohne Geburtsurkunde besonders gefährdet sind, Opfer illegaler Adoption und des Kinderhandels zu werden. In einigen Ländern wurde das illegale Anwerben, Kaufen und Verkaufen von Kindern für eine Adoption ins Ausland ermöglicht durch Fälschung von Papieren und Geburtsurkunden. Kinder mit legaler Geburtsurkunde waren davon weniger betroffen, weil sie einen Nachweis über ihre Eltern hatten.

Sexuelle Ausbeutung, Missbrauch

Laut UNICEF werden jährlich fast zwei Millionen Mädchen und Jungen sexuell missbraucht und ausgebeutet, sei es in Bordellen, für Pornografie oder andere Zwecke. In vielen Staaten ist es gesetzlich verboten, sexuellen Kontakt zu Mädchen unter 16 Jahren zu haben. Dies wird als Vergewaltigung geahndet. Wenn aber ein Mädchen nicht in der Lage ist, ihre Minderjährigkeit nachzuweisen, wird auch niemand bestraft.

Krisen und Konflikte

Trotz des Einsatzverbots von Kindern als Soldatinnen und Soldaten durch das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention werden heute schätzungsweise 250.000 Mädchen und Jungen als Kindersoldaten missbraucht.

Das Protokoll sieht ein generelles Mindestalter von 18 Jahren für den Kampfeinsatz in Armeen und Truppen vor. Nur staatlichen Armeen ist es erlaubt, unter 18-jährige Freiwillige zu rekrutieren, jedoch ohne sie in direkte Kampfhandlungen einzusetzen. Dagegen ist es nicht-staatlichen Truppen gänzlich verboten, Minderjährige aufzunehmen. Trotzdem werden Kinder, zum Teil gewaltsam, von Rebellenruppen rekrutiert.

Ohne einen Altersnachweis haben es betroffene Kinder und Jugendliche schwer, zu beweisen, dass sie als Kindersoldaten missbraucht wurden. Eine Strafverfolgung wird so unmöglich. Auch eine Wiedereingliederung von nicht registrierten Kindern nach einem Konflikt und die Zusammenführung mit ihren Familien wird erschwert.



Rosalie, 16, wurde Kindersoldatin, nachdem ihr Vater starb. "Ich war 13 als der Krieg in unser Dorf kam. Selbstverteidigungsgruppen wurden gebildet. Einer von ihnen trat ich bei, um den Tod meines Vaters zu rächen. Mein Bruder, zwei Schwestern und ich schlossen sich der bewaffneten Truppe an und wir waren davon überzeugt, dass wir das Richtige taten." Jetzt, nach einer beruflichen Schulung, arbeitet Rosalie als Helferin in einer Schneiderei.
Foto/Plan International

Im Fall einer Katastrophe sind die Kinder am besten geschützt, wenn sie schnell wieder bei ihrer Familie sind. Insbesondere für kleine Kinder ist es in dieser Situation wichtig, dass sie registriert sind. So können sie deutlich einfacher wieder mit ihren Eltern zusammengeführt werden.

Geburtenregistrierung und Geschlechterverhältnis

Auch heute noch werden in vielen Ländern den Mädchen und Frauen ihre Rechte aufgrund ihres Geschlechts verweigert. Mancherorts dürfen beispielsweise nur Männer ihr Kind registrieren lassen. Das kann zum Problem werden, wenn der Vater nicht anwesend ist, die Kinder aus polygamen Ehen stammen oder wenn Frauen alleinerziehend sind. In anderen Ländern hängt die Vergabe einer Geburtsurkunde von der Nationalität des Vaters ab. Hat die Mutter eine andere Staatsangehörigkeit oder kommen beide Eltern aus einem anderen Land, werden dem Kind viele Rechte vorenthalten. Durch die Ein-Kind-Politik in China bis 2015 wurden zum Beispiel in erster Linie Mädchen benachteiligt. Mädchen wurden von ihren Eltern häufig nicht registriert, in der Hoffnung, noch einen Sohn zu bekommen.

HIV und Aids

Aids-Waisenkinder können ohne einen Identitätsnachweis oft keine Erbsprüche anmelden. Oftmals wird das Eigentum der Eltern nach deren Tod innerhalb der Verwandtschaft aufgeteilt.

Plan International: Einsatz für die Geburtenregistrierung

Seit der Gründung von Plan International im Jahr 1937 stehen Kinder im Mittelpunkt unserer Arbeit. Die Konvention über die Rechte des Kindes, ihre Zusatz-

protokolle sowie die nachhaltigen Entwicklungsziele (Agenda 2030) der Vereinten Nationen spielen in unserer Programmarbeit eine zentrale Rolle.

Seit 1990 führen wir in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen, Gemeinden und Regierungen Programme zur Registrierung von Kindern und ihren Familien durch. Im Jahr 2005 starteten wir unsere erste globale Kampagne zur Geburtenregistrierung. Seitdem trugen wir zusammen mit unseren Partnern dazu bei, dass mehr als 40 Millionen Kinder eine Geburtsurkunde erhalten haben.

Geburtenregistrierung ist unter „Count Every Child“ (Jedes Kind zählt) in unsere Programmarbeit und politische Einflussnahme eingebettet. Auch gegenüber der Bundesregierung, auf UN-Ebene und beim Menschenrechtsrat bringen wir das Thema in Erinnerung, mit dem Ergebnis, dass das Problem zunehmend von den Regierungen wahrgenommen wird. Schließlich haben sie sich mit der UN-Kinderrechtskonvention und der Agenda 2030 verpflichtet, jedes Kind in ein Geburtenregister einzutragen.

Plan-Projekt: Digitale Geburtenregistrierung

Laut UNICEF sind in Pakistan nur rund ein Drittel der Kinder unter fünf Jahren in ein Geburtsregister eingetragen. Wir wollen erreichen, dass in den Projektgemeinden 80 Prozent der Neugeborenen innerhalb von 60 Tagen nach der Geburt registriert werden. Aber nicht nur Neugeborene, sondern auch ältere Kinder sollen mit dem neuen System erfasst werden.

Wir unterstützen die Regierung und die Behörden bei der Einführung eines neuen benutzerfreundlichen Systems zur digitalen Geburtenregistrierung. Gesundheitshelferinnen und Hebammen können jetzt problemlos mit Hilfe einer App auf dem Mobiltelefon die Registrierung direkt nach der Geburt durchführen.

Auch Imane oder andere religiöse Autoritäten, die Hochzeiten in den Gemeinden begleiten, sollen zukünftig bei der Geburtenregistrierung tätig werden. Sie haben in der Regel gute Kenntnisse über die

Familien in ihren Gemeinden und wissen, in welchen Haushalten Kinder geboren wurden. Die Hebammen, Gesundheitshelferinnen und Imane erhalten im Zuge der Projektmaßnahmen Mobiltelefone mit den Registrierungs-Apps.

Auch in Krankenhäusern können Neugeborene mit dem digitalen System direkt erfasst werden. Die Daten werden an das nationale Statistikamt übertragen. Die Bestätigung über die Registrierung erhalten die Eltern anschließend per SMS sowie einer Benachrichtigung, dass die originale Geburtsurkunde bei einer der Meldestellen abgeholt werden kann.



Eine mobile Registrierungseinheit von Plan International Pakistan in einem Transporter: Hier haben Frauen die Möglichkeit, sich selbst registrieren zu lassen. So erhalten sie einen Ausweis, mit dem sie auch ihre Kinder anmelden können.
Foto/Plan International

Wenn ein nicht-registriertes Kind an einer Schule angemeldet wird, hat auch die Schulleitung die Möglichkeit, das Kind nachträglich in ein Geburtsregister eintragen zu lassen.

Auf Informationsveranstaltungen in den Gemeinden werden Eltern und andere Gemeindemitglieder dafür sensibilisiert, wie wichtig die Geburtenregistrierung und das Recht auf eine Identität für sie und ihre Kinder sind.

Mithilfe von Aufklärungsbroschüren ermutigen wir alle Gemeindemitglieder und insbesondere die Eltern, selbst aktiv für die Registrierung von Kindern einzutreten.



Gibt Kindern eine Chance

**Plan International
Deutschland e.V.**
Bramfelder Straße 70
22305 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 / 611 40 - 0
Fax: +49 (0)40 / 611 40 - 140
E-Mail: info@plan.de
www.plan.de
www.facebook.com/planDeutschland
www.twitter.com/PlanGermany